

Südafrika: Wirtschaftspolitik im Dilemma	605
Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union	611
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 33/99

Berlin

19. August 1999

66. Jahrgang

Südafrika: Wirtschaftspolitik im Dilemma

Der überwältigende Wahlsieg des African National Congress (ANC) bei den zweiten allgemeinen Wahlen im Juni 1999 kann als Bestätigung für den sozial- und wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung Mandela interpretiert werden. Unter dem neuen südafrikanischen Präsidenten dürfte sich an den Eckpfeilern des Wirtschaftsprogramms Growth, Employment and Redistribution (GEAR)¹, das auf günstige Investitionsbedingungen insbesondere für ausländisches Kapital zielt, wenig ändern. Indes hat Südafrika bislang die angestrebten hohen Wachstumsraten und das Ziel der Senkung der hohen Arbeitslosigkeit deutlich verfehlt. Dafür sind nicht nur die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten verantwortlich, die auch den Handel Südafrikas mit den anderen aufstrebenden Volkswirtschaften hart getroffen haben. Kernproblem ist vielmehr, daß eine auf die Verteidigung der Wechselkurse ausgerichtete Zinspolitik der Notenbank durch hohe Realzinsen bei gleichzeitigen Lohnsteigerungen, die weit über dem Wachstum der Produktivität liegen, die Entstehung wirtschaftlicher Dynamik verhindert.

Politische Signale für institutionelle Kontinuität

Die Wirtschaftspolitik des demokratischen Südafrika sieht sich mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, attraktive Rahmenbedingungen für Investoren zu schaffen und zugleich die sozio-ökonomischen Disparitäten abzubauen, die das Land vom Apartheidregime erbt. Im internationalen Vergleich zählt Südafrika zu den Staaten mit der größten Ungleichverteilung der Einkommen.² Die ANC-Regierung entschied sich 1996 mit dem Wirtschaftsprogramm GEAR für einen Kurs, der primär über die Verbesserung der Angebotsbedingungen das für eine weiterreichende Umverteilung erforderliche Wirtschaftswachstum induzieren sollte. GEAR ist vor allem ein Bekenntnis zu einer stabilitätsorientierten Geld- und Fiskalpolitik sowie zur Privatisierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. An dieser Ausrichtung dürfte sich durch die Wahl im Juni 1999 nichts geändert haben. Befürchtungen einer Aushöhlung der ordnungspolitischen Eckpfeiler rankten sich unter anderem um die Wahrung der verfassungs-

mäßig festgelegten Unabhängigkeit der südafrikanischen Zentralbank, der South African Reserve Bank (SARB). Die neue Regierung folgt indes einem internationalen Kriterien genügenden Kurs der institutionellen Stabilisierung und Kontinuität.

Der bisherige Erfolg dieser Politik läßt sich an der Konsolidierung der Staatsfinanzen ablesen. Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte ging von 8 % im Jahre 1994 trotz der immensen wirtschaftspolitischen Probleme beim Aufbau des Landes bis 1998 stetig zurück, und zwar bis auf 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (Tabelle 1). Südafrikas gesamte öffentliche Ver-

¹ Vgl. Growth, Employment and Redistribution. A Macroeconomic Strategy. Cape Town, 14. Juli 1996; URL: <http://www.gov.za/reports/1996/macroeco.htm>

² Die Weltbank schätzt den Gini-Koeffizienten, ein Maßstab für die Einkommensverteilung, für Südafrika auf 58,4. Vgl. The World Bank: World Development Report 1998/1999.

Tabelle 1

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für Südafrika

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Bevölkerung, Mill. Personen	36,3	37,0	37,8	38,6	39,5	40,3	41,2	42,1
Beschäftigte ¹⁾ , 1990 = 100	98,0	96,0	93,9	93,5	92,5	91,9	90,3	86,5
Bruttoinlandsprodukt (BIP) ²⁾ , in Mrd. Rand	520	509	515	532	548	571	585	588
Reales BIP, in % gegenüber Vorjahr	-1,0	-2,1	1,2	3,2	3,1	4,2	2,5	0,5
Reales BIP pro Kopf, in Rand, Preise von 1995	14 320	13 749	13 621	13 759	13 884	14 150	14 193	13 965
Exporte (f.o.b.), in % gegenüber Vorjahr	8,0	9,3	15,8	19,6	23,9	20,0	13,6	14,4
Importe (f.o.b.), in % gegenüber Vorjahr	9,3	9,5	16,4	28,4	28,0	19,3	12,1	13,3
Inflation (Verbraucherpreise), in % gegenüber Vorjahr	15,3	13,9	9,7	9,0	8,7	7,4	8,6	6,9
Gesamtverschuldung, in % des BIP	37,2	36,8	40,4	43,6	49,0	49,7	49,2	48,3
Auslandsverschuldung, in % des BIP	20,7	20,5	20,7	21,8	23,4	24,1	26,6	29,1
Neuverschuldung, in % des BIP	2,7	3,9	7,2	5,8	5,0	4,7	4,9	3,5
Bruttoinvestitionen, in % des BIP	17,1	15,6	14,7	15,2	15,9	16,2	16,4	16,5
Bruttoinvestitionen, in % gegenüber Vorjahr	-7,4	-5,3	-0,6	8,2	10,7	7,5	5,2	4,8
Ausrüstungsinvestitionen, in % gegenüber Vorjahr	-8,6	4,0	10,2	12,9	16,8	14,2	7,4	6,8
Gesamtwirtschaftliche Sparquote, in % des BIP	18,6	16,2	16,4	16,9	16,5	15,8	14,6	14,1
Sparquote der privaten Haushalte, in %	18,6	16,2	16,4	16,9	16,5	15,8	14,6	14,1
Sektorale Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt, in % ³⁾								
Landwirtschaft und Bergbau	12,4	11,4	12,3	12,4	10,8	11,2	11,2	11,0
dar.: Bergbau	7,2	7,5	7,6	7,4	7,0	6,6	6,6	6,5
Landwirtschaft	5,2	3,9	4,7	5,0	3,9	4,6	4,6	4,5
Industrie ⁴⁾	27,8	27,7	27,1	27,2	27,9	27,3	27,3	26,9
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	21,2	20,9	20,6	20,5	21,2	20,7	20,7	20,2
Energie-, Wasser- und Gaswirtschaft	3,3	3,3	3,4	3,5	3,5	3,5	3,6	3,6
Private und staatliche Dienstleistungen	59,8	60,9	60,5	60,5	61,3	61,5	61,5	62,1

¹⁾ Ohne Beschäftigte im informellen Sektor und in der Landwirtschaft. — ²⁾ BIP zu Marktpreisen. — ³⁾ Anteile an der Wertschöpfung. —
⁴⁾ Energiewirtschaft (ohne Bergbau), Bauwirtschaft und verarbeitendes Gewerbe.
 Quellen: Statistics South Africa; South African Reserve Bank; Berechnungen des DIW.

schuldung bleibt mit zuletzt knapp 50 % des BIP (1998) seit mehreren Jahren auf stabilem, im internationalen Vergleich nicht ungewöhnlich hohem Niveau. Auch die Auslandsverschuldung ist mit 29 % (1998) des BIP moderat. Dabei handelt es sich zudem bei gut einem Drittel (36 %) um Schuldpapiere, die in südafrikanischen Rand notiert werden — ein enormer Vorteil im Vergleich zur Situation der meisten anderen Entwicklungs- und Schwellenländer. Insoweit bestehen hier beispielsweise im Unterschied zu den asiatischen Krisenländern keine Wechselkursrisiken bei der Bedienung dieser Schulden.

Öffnung zu den Weltmärkten

Die wirtschaftliche Entwicklung Südafrikas³ seit der Demokratisierung des Landes war zunächst von den positiven Wirkungen einer forcierten außenwirtschaftlichen Öffnung geprägt. Parallel zur Aufhebung der internationalen Handels- und Finanzsanktionen gegen das Apartheidregime setzte schon im Juni 1993 ein Aufschwung ein. Nach einer langen Phase der Nettokapitalabflüsse (seit 1985) strömte nunmehr per saldo wieder Kapital ins Land. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen bis 1996 mit zweistelligen Raten, ebenso die Warenexporte und -importe (Tabellen 1 und 2).

Die ausgeprägte Dynamik kam im Herbst 1996 zum Stillstand, nachdem bis zu diesem Zeitpunkt Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von bis zu 4,2 % erzielt worden waren. Danach verlor die Entwicklung mit jährlichen Wachstumsraten von 2,5 % (1997) und 0,5 % (1998) jedoch deutlich an Schwung; im letzten Quartal des Jahres 1998 und auch im ersten Quartal 1999 wurden sogar leichte absolute Rückgänge des Bruttoinlandsprodukts ausgewiesen: Südafrika befindet sich somit in einer Rezession. Dabei verzeichnete das verarbeitende Gewerbe 1998 sogar einen Produktionsrückgang um real 1,8 %, während der Dienstleistungsbereich immerhin noch um 1,5 % zulegen konnte.

Vor diesem Hintergrund ist von einer positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bislang nichts zu spüren. Im Gegenteil: Die hohe Arbeitslosigkeit hat sich seit der Demokratisierung sogar noch ausgeweitet. Bei einer Gesamtbevölkerung von 40,2 Millionen (1996) wurde die Arbeitslosenquote anlässlich des letzten Zensus vom Oktober 1996 auf 34 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren geschätzt. Den amtlichen Statistiken zufolge sank die Zahl der im formalen Sektor

³ Quellen, soweit nicht anders angegeben: SARB: Quarterly Economic Bulletin, No. 212, Statistical Supplements, June 1999; URL: <http://www.resbank.co.za/economics/econ.html>

Tabelle 2

Zahlungsbilanz der Republik Südafrika 1992 bis 1999

Mill. Rand

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1998					1999
								I	II	III	IV	I	
Außenhandel	-1 530	-2 084	-7 809	-12 845	-14 752	-15 049	-15 697	-1 096	-1 151	-7 199	-6 251	1 744	
Exporte (ohne Gold)	50 446	58 428	69 866	86 580	103 906	118 012	135 054	32 256	33 070	36 860	32 868	35 431	
Importe	-51 976	-60 512	-77 675	-99 425	-118 658	-133 061	-150 751	-33 352	-34 221	-44 059	-39 119	-33 687	
Goldexport	19 391	22 449	23 670	22 538	26 300	25 818	25 907	6 368	5 760	6 735	7 044	6 185	
Nachr.: Gold in % der Gesamtexporte	27,8	27,8	25,3	20,7	20,2	18,0	16,1	16,5	14,8	15,4	17,6	14,9	
Nichtfaktordienstleistungen	-2 866	-4 706	-4 766	-4 916	-3 092	-3 070	-1 083	478	-918	-1 019	376	-131	
Exporte	9 561	10 701	13 306	16 751	21 589	24 587	29 126	6 926	6 865	7 356	7 979	7 387	
Importe	-12 427	-15 407	-18 072	-21 667	-24 681	-27 657	-30 209	-6 448	-7 783	-8 375	-7 603	-7 518	
Faktordienstleistungen	-8 401	-8 698	-8 599	-10 426	-13 378	-14 797	-16 681	-4 117	-3 730	-4 391	-4 443	-4 754	
Exporte	2 649	2 288	3 455	4 128	4 663	6 011	7 255	1 423	2 219	1 885	1 728	1 690	
Importe	-11 050	-10 986	-12 054	-14 554	-18 041	-20 808	-23 936	-5 540	-5 949	-6 276	-6 171	-6 444	
Transfers	-1 042	-2 092	-2 160	-2 340	-3 206	-3 328	-4 076	-1 094	-996	-985	-1 001	-1 019	
Saldo der Leistungsbilanz	5 552	4 869	336	-7 989	-8 128	-10 426	-11 630	539	-1 035	-6 859	-4 275	2 025	
Kapitaltransfers	-120	-188	-236	-145	-203	-892	-310	-57	-94	-84	-75	-57	
Direktinvestitionen (netto)	-5 514	-941	-3 040	-4 557	-970	6 756	-6 471	-553	1 079	-6 155	-842	-2 259	
Abflüsse ¹⁾	-5 524	-974	-4 388	-9 059	-4 485	-10 831	-9 575	-958	-133	-8 074	-410	-4 305	
Zuflüsse ²⁾	10	33	1 348	4 502	3 515	17 587	3 104	405	1 212	1 919	-432	2 046	
Portfolioinvestitionen (netto)	4 950	2 417	10 008	9 020	9 576	30 580	20 375	19 359	11 211	-6 529	-3 666	5 117	
Abflüsse	-277	-10	-290	-1 631	-8 407	-20 983	-30 077	-7 138	-11 306	-5 461	-6 172	-5 815	
Zuflüsse	5 227	2 427	10 298	10 651	17 983	51 563	50 452	26 497	22 517	-1 068	2 506	10 932	
Andere Investitionen (netto)	-927	-7 145	-2 609	15 318	4 788	-10 287	3 662	-6 579	-2 424	5 268	7 397	-3 204	
Abflüsse	-932	-813	-1 055	-1 899	-2 704	-8 957	-2 872	-5 133	-85	3 844	-1 498	-2 066	
Zuflüsse	5	-6 332	-1 554	17 217	7 492	-1 330	6 534	-1 446	-2 339	1 424	8 895	-1 138	
Saldo der Kapitalbilanz	-1 491	-5 669	4 359	19 781	13 394	27 049	17 566	12 227	9 866	-7 416	2 889	-346	
Korrekturposten ³⁾	-3 377	-7 923	-1 572	-3 060	-10 166	-4 869	-9 643	-4 671	-9 064	2 977	1 115	3 733	
Saldo	564	-8 911	2 887	8 587	-5 103	10 862	-4 017	8 038	-327	-11 382	-346	5 355	
Finanzierung	-564	8 913	-2 887	-8 587	5 103	-10 862	4 017	-8 038	327	11 382	346	-5 355	
Reserveaktiva	808	7 427	-413	-5 306	-6	8 089	4 529	-1 421	5 591	999	-640	-793	
IMF, Weltbank etc.	326	1 609	344	315	3 245	257	6 165	1 186	5 539	195	-755	1 563	
Sonderfinanzierung	-1 698	-123	-2 818	-3 596	1 864	-19 208	-6 677	-7 803	-10 803	10 188	1 741	-6 125	
Nachr.: Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	1,5	1,1	0,1	-1,5	-1,3	-1,5	-1,6	-0,4	-0,7	-2,7	-2,5	0,8	

¹⁾ Investitionen von Südafrikanern im Ausland. — ²⁾ Investitionen von Ausländern in SA. — ³⁾ Einschl. nicht erfaßte Transaktionen.

Quelle: South African Reserve Bank.

bei privaten und staatlichen Arbeitgebern (ohne Landwirtschaft) Beschäftigten von 1994 bis zum Jahresende 1998 um 400 000. Insbesondere der für Südafrika außerordentlich bedeutsame und arbeitsintensive Bergbausektor leidet unter den sich verschlechternden Weltmarktbedingungen; seit 1995 gingen hier rund 190 000 bzw. mehr als 30 % der Stellen verloren.

Als Ursachen für die schwache Entwicklung kommen neben konjunkturellen vor allem auch strukturelle Faktoren in Frage. Nach der Außenhandelsbilanz Südafrikas (Tabelle 2) ist zwar die Relation der Exporte von Gütern und Nichtfaktordienstleistungen zum BIP von 17,2 % im Jahre 1994 auf 22,2 % im Jahre 1998 gestiegen. Entsprechend nahmen aber auch die Importe im Verhältnis zum

BIP von 19,8 % (1994) auf 24,4 % (1998) zu. Die Leistungsbilanz blieb bis Ende 1998 entsprechend durchweg leicht defizitär. Dies ist deshalb nicht ohne Probleme, weil Südafrika das insgesamt geringe Defizit in der Leistungsbilanz im wesentlichen noch immer seinen Goldexporten verdankt, obgleich der Anteil der Goldexporte an den gesamten Exporteinnahmen von 25 % im Jahre 1994 auf 16 % im Jahre 1998 zurückging. Im Handel mit den übrigen Gütern und Dienstleistungen war die Außenhandelsbilanz Südafrikas deutlich defizitär; dies läßt auf erhebliche Wettbewerbsprobleme in diesen Bereichen schließen. Zudem bedeutet die Konzentration der Ausfuhr auf nur wenige Güter, daß die Wirtschaft anfälliger gegenüber weltweiten Nachfrageschwankungen ist.

Ein zentrales Problem der südafrikanischen Wirtschaft ist der hohe Kostendruck, der von den Löhnen ausgeht. Nach einer Untersuchung des Internationalen Währungsfonds erlebte das verarbeitende Gewerbe Südafrikas in den 90er Jahren zwar eine deutliche Beschleunigung des Produktivitätszuwachses, liegt aber im Vergleich mit anderen aufstrebenden Volkswirtschaften weiterhin zurück.⁴ Die amtlichen südafrikanischen Statistiken⁵ weisen für die Arbeitsproduktivität in Südafrika einen jährlichen Anstieg von etwa vier bis fünf Prozent aus. Noch schneller nehmen indes die Löhne zu (Abbildung 1). Gegenüber 1995 schätzt die SARB die Produktivitätssteigerung auf rund 15 %, die Löhne expandierten jedoch nominal um fast 50 %, so daß die nominalen Lohnstückkosten um 30 % stiegen. Eine solche Konstellation führt entweder zu hohen Inflationsraten oder zu einer Gewinnkompression.

Flexible Wechselkurse, aber straffe Zinspolitik

Ohne den Ausgleich durch die Goldexporte würde der deutliche Überschuß der Importe bei Gütern und Dienstleistungen einen Abwertungsdruck auf den Rand ausüben. In die gleiche Richtung wirken die hohen Inflationsraten. Bei vollkommen flexiblen Wechselkursen würde sich dies früher oder später in einer Abwertung niederschlagen. Noch bis Anfang 1996 blieb der reale Außen-

wert des Rand jedoch im Vergleich zu Anfang 1994 verhältnismäßig stabil; der Wechselkurs zum US-Dollar veränderte sich in diesem Zeitraum kaum. Das bedeutet aber, daß die südafrikanische Währung real deutlich aufgewertet hat und sich damit ihre internationale Wettbewerbsposition im Handel mit Waren und Dienstleistungen erheblich verschlechterte.

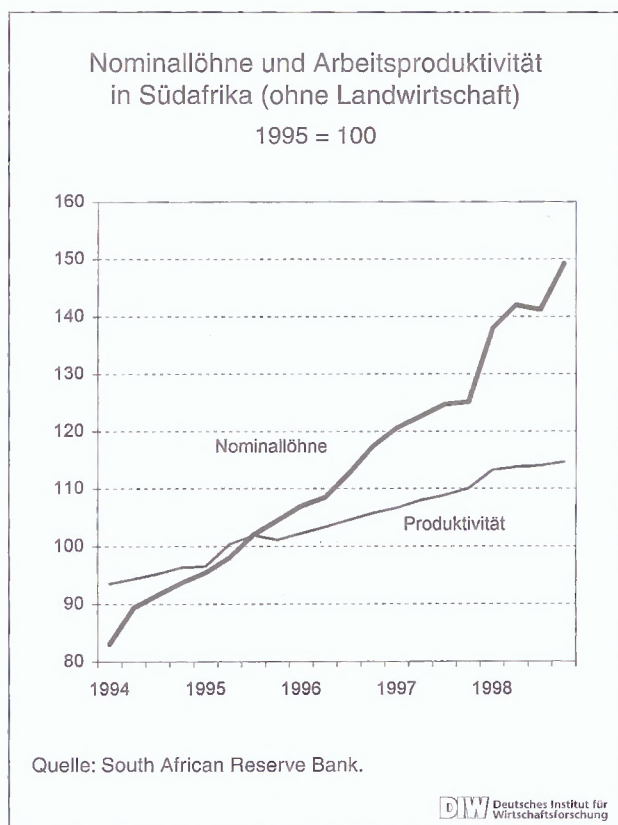
Durch die beträchtlichen Goldexporte konnte das permanente Leistungsbilanzdefizit bei Waren und Dienstleistungen (ohne Primärrohstoffe) bisher ausgeglichen werden. Hierdurch konnten die Preise im Inland stärker steigen, ohne daß der Inflationsdruck zwangsläufig sofort auf die Wechselkurse durchschlagen mußte. Allerdings beeinträchtigt diese Konstellation das realwirtschaftliche Entwicklungspotential, da eine Diversifizierung der Güterproduktion angesichts der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit in diesen Bereichen dann unterbleibt. Damit wurde die Abhängigkeit von den Rohstoffexporten gleichsam zementiert. Der seit einigen Jahren zu beobachtende Rückgang des Anteils der Goldexporte verstärkt hingegen den Druck auf eine Abwertung des Rand und verbessert damit in der Tendenz die Wettbewerbsfähigkeit anderer Exportbranchen.

Die reale Aufwertungstendenz des Rand wird auch durch die Politik der Zentralbank bekämpft, indem sie versucht, die Inflationsraten deutlich zurückzuführen. Tatsächlich war die Inflationsrate (Verbraucherpreise) trotz der Reallohnsteigerungen stark rückläufig und lag im April 1996 bei 5,5 % gegenüber dem Vorjahr, eine deutliche Verbesserung im Vergleich zu den Werten von 14 bis 15 % zu Beginn des Jahrzehnts. Der Preis für diese Strategie besteht darin, daß die südafrikanischen Unternehmen angesichts der hohen Reallohnsteigerungen entsprechende Gewinneinbußen hinnehmen müssen.

Die restriktive Wirkung der Geldpolitik wird noch dadurch verschärft, daß knapp ein Jahr nach der Abschaffung des *Financial Rand* die südafrikanische Währung — bei flexiblen Wechselkursen und weitgehend liberalisiertem Devisenverkehr — in eine Abwärtsbewegung geriet, die durch spekulative Attacken verschärft wurde. Die Zentralbank begegnete dem Kursverfall mit einer Leitzinserhöhung in zwei Schritten von 15 auf 17 %. Bei einem solchen Zinsniveau ist eine dynamische Wirtschaftsentwicklung nicht mehr möglich (Abbildung 2).

Im Jahre 1997 gerieten die internationalen Güter- und Finanzmärkte unter den Druck der Asienkrise. Während die südafrikanischen Finanzmärkte die ersten Ausschläge der Asienkrise weitgehend unbeeinträchtigt überstanden, erfaßte im Mai 1998 eine zweite Welle in Verbindung mit

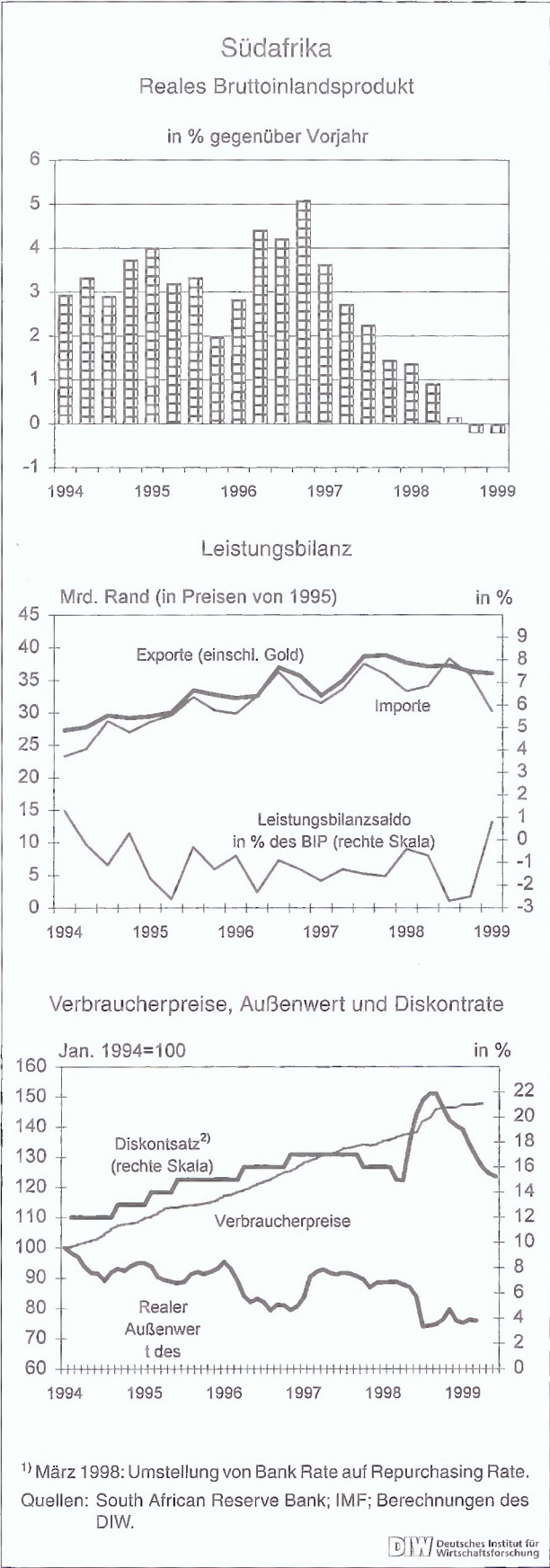
Abbildung 1



⁴ Vgl. International Monetary Fund: South Africa: Selected Issues. IMF Staff Country Report, No. 98/96, Washington D.C., September 1998, S. 33–55.

⁵ Die statistische Erfassung von Arbeitsmarktdaten ist weiterhin unvollständig.

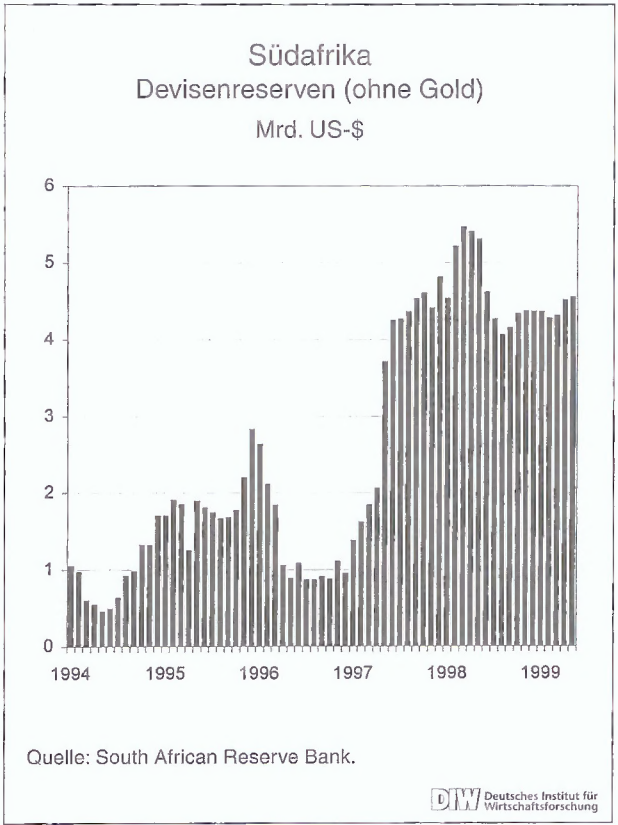
Abbildung 2



der Krise in Rußland das Land. Zu diesem Zeitpunkt realisierten internationale Investmentmanager eine massive Umschichtung ihrer Portfolios zu Lasten der für unsicherer gehaltenen Anlagen in *emerging markets*. Flossen von Jahresanfang bis zum Mai 1998 per saldo noch 16 Mrd. Rand in das Land, so zogen internationale Investoren von Mai bis Dezember 1998 Portfolioinvestitionen in Höhe von 26 Mrd. Rand ab.⁶ In der Folge geriet die südafrikanische Währung erneut unter massiven Druck. Die Notenbank reagierte wieder mit deutlichen Erhöhungen der Leitzinsen. Die *Repo Rate*, der Refinanzierungssatz für Geschäftsbanken, stieg zeitweilig um 7 Prozentpunkte auf ein Niveau von mehr als 21 %. Zum Jahresende drehte sich das Vorzeichen der Kapitalflüsse wieder um, und die SARB senkte den Leitzins stufenweise auf gut 15 % im Mai 1999. Der Außenwert des Rand verlor über das Jahr 1998 gesehen erneut rund 20 %. Die Schwankungen im Außenwert schlugen auf die Preise im Inland durch und unterbrachen auch den Trend der sinkenden Inflationsrate. Bei diesen Wechselkurs- und Zinsentwicklungen und gleichzeitig hohen Reallohnsteigerungen mußte die südafrikanische Wirtschaft in eine Rezession geraten, da die internationale Wettbewerbsfähigkeit ebenso beeinträchtigt war wie die Gewinne binnenwirtschaftlich unter Druck gerieten.

⁶ Vgl. Stals, C.L.L.: The challenges to monetary policy in increasingly volatile international markets. SARB Articles, Johannesburg, 25.5.1999.

Abbildung 3



Der südafrikanischen Notenbank gelang es zwar, die Abwertung ohne Inanspruchnahme des Internationalen Währungsfonds zu bremsen. Ein Risiko bleibt aber das nach wie vor niedrige Niveau der internationalen Reserven der Zentralbank (Abbildung 3). Seit 1994, dem ersten Jahr mit einem positiven Saldo in der Kapitalbilanz, erhöhte die SARB die Importdeckung durch Devisenreserven (ohne Gold) von sechs Wochen auf zuletzt drei Monate. Diese Quote ist aber im internationalen Vergleich weiterhin gering.

Investitionsdynamik zu gering

Mit der Geldpolitik der Notenbank konnten inflationäre Tendenzen abgeschwächt werden. Eine stabile Währung und niedrige Inflationsraten sollen die Erwartungen insbesondere von ausländischen Investoren positiv beeinflussen. Gleichzeitig haben die hohen realen Zinsen jedoch die Chancen einer Belebung der Investitionstätigkeit beeinträchtigt, da die Gewinnerwartungen nicht mit den Zinsen konkurrieren können. Ein Indikator hierfür ist die relativ geringe Investitionsquote von zuletzt 16,5 %, ein Niveau, von dem bei weitem keine ausreichenden wirtschaftlichen Impulse ausgehen können. Von 1994 bis 1996 wiesen die Ausrüstungsinvestitionen zwar noch zweistellige jährliche Wachstumsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr auf; seither sind die Zuwächse aber rückläufig und lagen 1998 gegenüber 1997 bei weniger als 7 %.

Bei einer gesamtwirtschaftlichen Sparquote von 14 % des BIP (1998) ist Südafrika trotz der niedrigen Investitionsquote auf Kapitalzuflüsse aus dem Ausland angewiesen. Die privaten Haushalte sparen sogar nur etwa 1,5 %

des verfügbaren Einkommens, eine im Vergleich mit anderen *emerging markets* sehr geringe Quote. Bei den Kapitalzuflüssen aus dem Ausland handelt es sich aber überwiegend um Portfolio-Investitionen, deren kurzfristiger, zum Teil spekulativer Charakter im Unterschied zu Direktinvestitionen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nur bedingt vorteilhaft ist. Ohne umfassende Investitionen aber werden die Produktivitätssteigerungen nicht ausreichen, um die Wettbewerbsfähigkeit südafrikanischer Produkte und damit auch die Exportnachfrage zu steigern.

Die südafrikanische Wirtschaftspolitik befindet sich im Dilemma zwischen den Zielen der Stabilisierung der monetären und fiskalischen Rahmendaten einerseits und einer dynamischen Entwicklung der Binnenwirtschaft andererseits. Südafrika ist zwar die bedeutendste Volkswirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent, im globalen Kontext hingegen muß es als kleines Land eingestuft werden. Der Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung seit den Wahlen von 1994 läßt den Einfluß erkennen, der von den Bewegungen der internationalen Güter- und Kapitalmärkte auf Südafrika ausgeht. Insgesamt ist ein auf institutionelle Stabilität und Kontinuität ausgerichteter wirtschaftspolitischer Kurs vorteilhaft. Ambitionierte *Niveauziele* wie jene, die Inflationsrate wie die Neuverschuldung schon bald auf ein „europäisches“ Niveau zu bringen, sind jedoch problematisch für ein Land wie Südafrika, das sich in einer historischen Umbruchsituation befindet, da sie den Spielraum für notwendige wirtschaftspolitische Interventionen und realwirtschaftliche Impulse unnötig einengen. Eine nachhaltige Bekämpfung der Inflation ohne gleichzeitig rezessive Tendenzen hervorzurufen, wird auf Dauer nur gelingen, wenn die Löhne im Einklang mit der Arbeitsproduktivität wachsen.

Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union

Seit Beginn der 90er Jahre hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Regionen in Europa stark zugenommen. Dazu haben nicht zuletzt die politischen Veränderungen an den Außengrenzen der EU mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ beigetragen. Von der EU wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in erheblichem Umfang über verschiedene Programme gefördert. Die Programme an den EU-Außengrenzen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit selbst sind von einigen Besonderheiten geprägt. Im folgenden werden ausgewählte Ergebnisse¹ einer Evaluierung der europäischen Fördermaßnahmen vorgestellt. Im Mittelpunkt steht die Implementation und Koordinierung der Förderung.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist kein neues Phänomen in Europa. Bereits in den 60er Jahren versuchten die Grenzregionen, ihre spezifischen Probleme stärker in das Bewußtsein der nationalen Regierungen und europäischen Institutionen zu bringen. Die Grenzregionen gehören überwiegend zu den strukturschwächsten Regionen der Länder. Die Probleme sind vor allem in ihrer peripheren Lage zu den nationalen Wirtschaftszentren und in administrativen, sprachlichen und infrastrukturellen Hindernissen an den Grenzen zu sehen. Dies war auch der Grund, warum die Regierungen den Problemen der Grenzregionen zunehmend Aufmerksamkeit widmeten und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit unterstützten. In den 70er und 80er Jahren wurden an der belgischen, holländischen und deutschen Grenze die ersten grenzüberschreitenden Aktionsprogramme aufgelegt.

Parallel dazu wurde der europäische Binnenmarkt mit der freien Bewegung von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital verwirklicht. Allerdings gibt es immer noch Hindernisse, so Unterschiede in der Sprache, in der Kultur oder in den Steuer- und Sozialversicherungssystemen. Diese sind besonders in den Grenzregionen spürbar.

In den letzten 10 Jahren entwickelte die EU verschiedene Förderinstrumente für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Nach einigen Pilotprojekten wurde 1990 die Gemeinschaftsinitiative INTERREG aufgelegt, die aus den europäischen Strukturfonds finanziert wird. Ihr Ziel² ist es, die Regionen an den Binnen- und Außengrenzen der EU bei der Bewältigung ihrer besonderen Entwicklungsprobleme zu unterstützen und grenzüberschreitende Netzwerke zu stärken.

Im Jahre 1994 wurde eine Verordnung der Kommission³ angenommen, die vorsah, ein Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOE) und den Mitgliedstaaten der EU (Phare-CBC)⁴ durchzuführen. Phare-CBC ist eine spezielle Haushaltslinie des Phare-Programms, des Hauptinstruments der EU zur Vorbereitung der assoziierten mittel- und osteuropäischen Reformstaaten⁵ auf ihren Beitritt zur EU. Hintergrund dieser Entscheidung war die Absicht, an den Außengrenzen der EU eine bessere

Koordinierung mit der Gemeinschaftsinitiative INTERREG zu erreichen.

Die spezifische Situation an den Außengrenzen der EU

An den Außengrenzen der EU gibt es nicht nur zwei unterschiedliche europäische Finanzinstrumente zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, sondern auch völlig andere Bedingungen für die Zusammenarbeit dieser Regionen als an den EU-Binnengrenzen. Dies trifft vor allem auf die an Polen und die Tschechische Republik grenzenden deutschen Regionen zu.

Grenzübergreifende Kommunikationsbeziehungen und zwischenmenschliche Kontakte sind relativ gering entwickelt. Der „Eiserne Vorhang“ und der hohe Anteil von Vertriebenen in einigen Teilen der Grenzregionen haben die Entstehung intensiver grenzüberschreitender Kontakte, wie sie innerhalb Westeuropas üblich sind, verhindert. Auch die Sprachgrenze ist eine der härtesten in Europa. Das wirtschaftliche und soziale Gefälle in diesen Grenzregionen ist so stark ausgeprägt wie sonst fast nirgendwo

¹ Das DIW hat als Mitglied in einem internationalen Konsortium im Auftrag der Europäischen Kommission (GD IA) das Phare-CBC-Programm für den Zeitraum 1994–1997/98 evaluiert. Der Gesamtbericht (in Englisch) ist verfügbar im Internet unter: http://europa.eu.int/comm/dg1a/evaluation/phare_cross_border/index.htm (2.8.1999).

² Mitteilung an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung der Grenzregionen, grenzübergreifende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze (INTERREG II). In: ABl. der EG C 180 vom 1. 7. 1994. Artikel 3.

³ Verordnung (EG) Nr. 1628/94 der Kommission vom 4. 7. 1994 über die Durchführung eines Programms über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Ländern in Mittel- und Osteuropa und Mitgliedstaaten der EU im Rahmen der Aktion Phare. In: ABl. der EG L 171 vom 6. 7. 1994; S. 14–16. Ersetzt durch eine neue Verordnung im Dezember 1998, s. Fußnote 14.

⁴ CBC steht für „Cross Border Co-operation“.

⁵ Neben den assoziierten MOE werden auch andere Länder unterstützt, darunter Albanien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina.

in Europa. Auch Infrastrukturdefizite bilden immer noch bedeutende Engpässe für die Zusammenarbeit.

Die Umgestaltung der Verwaltung in den mittel- und ost-europäischen Ländern ist noch nicht abgeschlossen. Förderale Staaten wie Deutschland und Österreich grenzen an Länder, die noch immer stark zentralistisch sind. Obwohl erste Schritte bereits unternommen wurden, sind die Regionalisierung und der Aufbau einer kommunalen Selbstverwaltung in den angrenzenden MOE noch weit weniger vorangekommen als in den meisten EU-Mitgliedstaaten.

Aufgrund dieser Aspekte bildet die Grenze zwischen der EU und den Ländern Mittel- und Osteuropas nach wie vor eine sehr scharfe Trennungslinie. Die politisch-administrativen Strukturen sind genauso wie die jeweiligen Instrumente unterschiedlich, obwohl die regionalen Probleme als solche (schwache Wirtschaftsstruktur, Luft- und Wasserverschmutzung usw.) zum Teil dieselben sind. Die Zusammenarbeit an den EU-MOE-Grenzen ist somit nicht mit der an den EU-Binnengrenzen vergleichbar. Die Zusammenarbeit an den Außengrenzen hat bei weitem noch nicht denselben Reifegrad wie an den Binnengrenzen erreicht. Im Rahmen der Förderung in den Grenzregionen wird versucht, dieser spezifischen Situation Rechnung zu tragen.

Lage in den Grenzregionen

Für die Untersuchung der Umsetzung des Phare-CBC-Programms im Zusammenspiel mit INTERREG wurden die Grenzregionen Polens (mit Deutschland), Tschechiens (mit Deutschland und Österreich) und Bulgariens

(mit Griechenland) aus den Phare-CBC-Regionen ausgewählt (Abbildung). Diese vier Grenzregionen unterscheiden sich in ihrer Einwohnerzahl und Fläche nicht sehr voneinander (Tabelle 1). Die tschechischen Grenzregionen, insbesondere in Nordböhmen, sind am dichtesten besiedelt. Insgesamt ist die Bevölkerungsdichte aber eher gering — im Durchschnitt aller betrachteten Regionen 85 Einwohner pro km² —, was die relativ isolierte Lage dieser Regionen unterstreicht.

Die Wirtschaftsstruktur in den einzelnen Grenzregionen ist jedoch sehr unterschiedlich. In den tschechischen und polnischen Grenzregionen zu Ostdeutschland ist die Industrie verhältnismäßig stark vertreten, in den anderen tschechischen und den bulgarisch-griechischen Regionen dominiert hingegen die Land- und Forstwirtschaft. Der wirtschaftliche Strukturwandel führte zu höherer Arbeitslosigkeit, insbesondere in den Industriegebieten. In drei der vier Grenzregionen liegt die Arbeitslosigkeit über dem Landesdurchschnitt. Ausnahmen bilden die tschechisch-österreichische Grenzregion sowie die tschechisch-deutsche an der Grenze zu Bayern.

Alle Grenzregionen sind von großen Umweltbelastungen (Luft- und Wasserverschmutzungen u. a. durch den Braunkohleabbau) betroffen. Zwar sind fast alle Regionen aufgrund ihrer natürlichen Gegebenheiten für den Tourismus attraktiv, doch bedarf es noch erheblicher Investitionen in eine entsprechende Infrastruktur sowie zur Beseitigung der Umweltschäden. Die Grenzöffnung und die neuen wirtschaftlichen Beziehungen zu Westeuropa führten zudem zu einer steigenden Verkehrsbelastung, der die vorhandenen Kapazitäten und Verbindungen nicht gerecht werden.

Vergleich der Phare-CBC- und INTERREG-Programme

An den Außengrenzen der EU treffen zwei verschiedene Förderprogramme mit jeweils unterschiedlichen Prioritäten und verwaltungstechnischer Abwicklung aufeinander. Für alle Phare-CBC-Regionen wurden für den Zeitraum 1994 bis 1999 sogenannte Mehrjährige Indikative Programme (MIP) aufgestellt. Abgesehen von der Mittelverteilung unterscheiden sich die Prioritäten der einzelnen Programme⁶ inhaltlich kaum. In den tschechischen Programmen liegt der Schwerpunkt im Umweltschutz, in den polnischen und bulgarischen Regionen im Verkehrsbereich. Der Anteil von „weichen“ Maßnahmen (u. a. Bildung, Kultur, Begegnungen und Austausch) erreicht nur knapp ein Viertel der geplanten Mittel, an der deutschen Außengrenze sind es sogar nur 15 %.

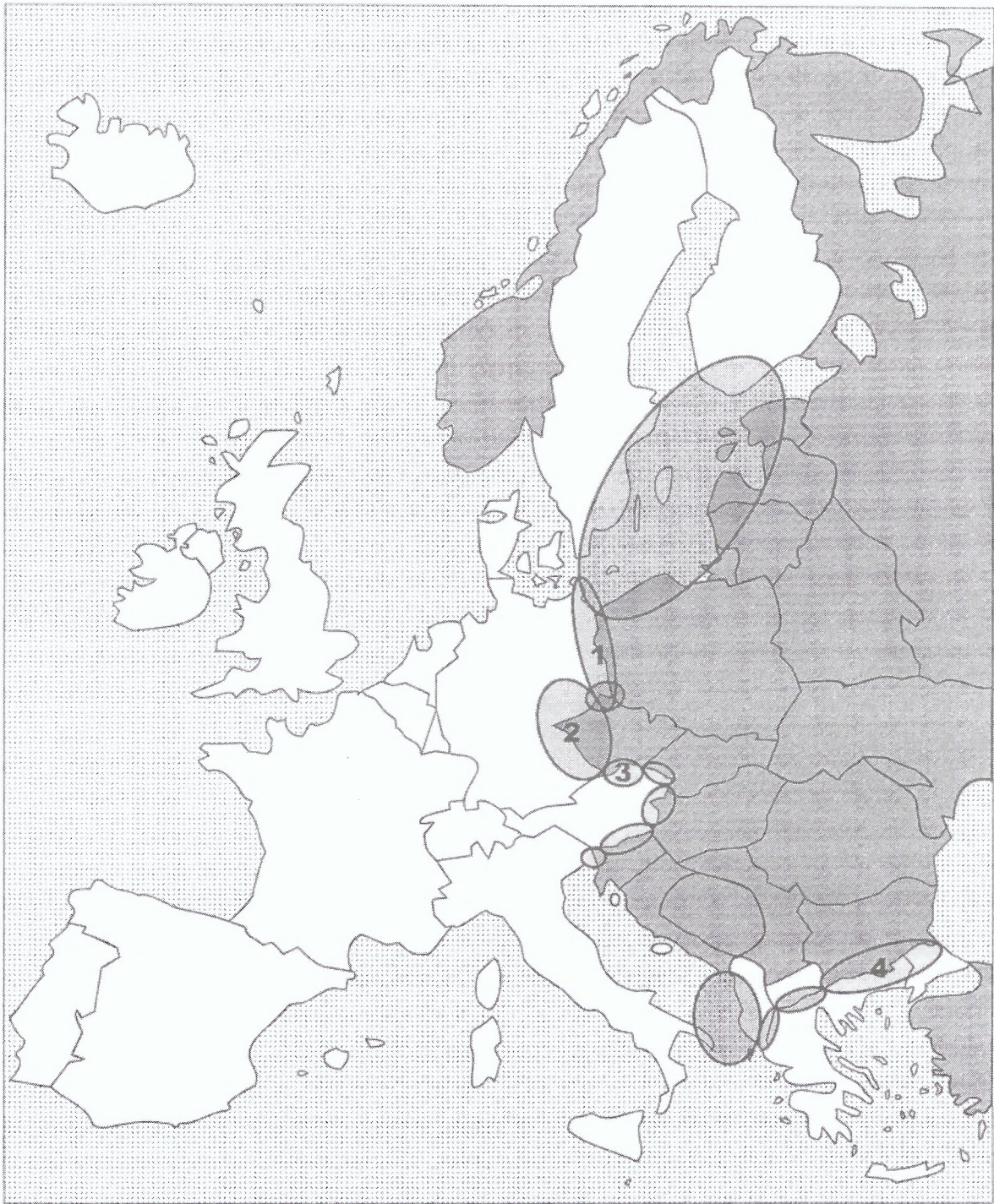
Tabelle 1
Fläche und Bevölkerung der Grenzregionen

Grenzregion	Fläche		Grenz-länge	Bevölkerung ¹⁾		Bevölkerungs-dichte
	km ²	% des Landes	km	Mill.	% des Landes	Einw./km ²
BUL-GRL						
bulg. Seite	20 497	18,4	500	1,15	13,8	56,2
griech. Seite	18 200	13,8		0,76	7,3	41,8
CZ-A						
tsch. Seite	14 492	18,4	466	1,55	15,0	107,2
österreich. Seite	9 684	11,5		0,54	7,1	55,8
CZ-D						
tsch. Seite	16 967	21,5	810	1,73	16,9	102,1
dt. Seite	16 940	4,7		1,93	2,4	114,1
P-D						
poln. Seite	31 797	10,1	467	2,71	7,1	85,1
dt. Seite	22 100	6,2		2,28	2,8	103,1

¹⁾ Die Daten beziehen sich auf 1996.
Quellen: Research voor Beleid; nationale Statistiken; Berechnungen des DIW.

⁶ Hier werden nur die bilateralen Programme betrachtet. Es gibt in diesen Regionen außerdem noch zwei trilaterale Programme: zwischen Polen, Tschechien und Deutschland sowie zwischen Tschechien, der Slowakei und Österreich.

Regionen mit Phare-CBC-Programmen



Für die Untersuchung ausgewählte Grenzregionen:

- | | |
|--|---------------------------------------|
| 1: Polen — Deutschland | 3: Tschechische Republik — Österreich |
| 2: Tschechische Republik — Deutschland | 4: Bulgarien — Griechenland |

Innerhalb der Phare-CBC-Programme gibt es seit 1995 für Polen — seit 1996 auch für Tschechien — einen Fonds für kleine Projekte (Small Project Fund). Mit diesen Mitteln werden kleine Vorhaben (von 1 000 bis 50 000 ECU) „weicher“ Art finanziert, vor allem Begegnungsprojekte. Der Mittelanteil des Fonds ist in den einzelnen Regionen seitdem ständig gestiegen und macht jetzt etwa 4 % des Gesamtvolumens aus. An der bulgarischen Grenze gibt es einen solchen Fonds nicht.

Den vier Phare-CBC-Programmen stehen sechs INTERREG-Programme⁷ gegenüber. Auffällig ist der deutlich höhere Anteil „weicher“ Maßnahmen (bis zu 90 % der Mittel) in den INTERREG-Programmen. Sie erlauben zudem ein breiteres Spektrum⁸ von Projekten. In Griechenland, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern liegt der Schwerpunkt im Verkehrsbereich, in Bayern, Brandenburg und Österreich auf unternehmensbezogenen Maßnahmen.

Die Finanzausstattung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist auf beiden Seiten der Grenze ebenfalls sehr unterschiedlich (Tabelle 2). Nur im Fall der tschechisch-deutschen Grenze ist das Verhältnis zwischen Phare-CBC und INTERREG nahezu ausgeglichen. Dem österreichischen INTERREG-Programm steht jedoch auf der tschechischen Seite fast das Zehnfache des Mittelvolumens gegenüber. In Bulgarien sind es 50 % mehr, an der deutsch-polnischen Grenze sogar 80 %. Allerdings fließen in Griechenland und Ostdeutschland, die als Ziel-1-Regionen höchste Förderpriorität der EU genießen, erhebliche Summen aus der normalen Strukturfondsförderung auch in die unmittelbaren Grenzregionen. Damit kehrt sich das Bild um, da auf der anderen Seite der Grenze kaum weitere EU-Mittel und nur sehr wenige nationale Mittel in die Regionen fließen.

Koordinierung der beiden Förderinstrumente

Die beiden Förderinstrumente Phare-CBC und INTERREG sind bisher nur ungenügend aufeinander abgestimmt. Gegenüber der Förderung an den Binnengrenzen der EU, wo die Gebiete auf beiden Seiten der Grenze INTERREG-Mittel erhalten, ist der Handlungsspielraum für gemeinsame Projekte deutlich enger.

Die Programme beruhen auf unterschiedlichen Konzeptionen. Bei INTERREG steht die regionalpolitische Komponente, die Lösung von Entwicklungsproblemen der Grenzregionen, im Vordergrund. Phare-CBC ist dagegen primär integrationspolitisch ausgerichtet mit regionalstruktureller Nebenwirkung für die Grenzregionen. Mit INTERREG sollen kleinteilige, grenzüberschreitende Projekte als Ergänzung zur normalen Regionalpolitik gefördert werden, während Phare-CBC eher auf große Infrastrukturvorhaben zugeschnitten ist.

Das Potential der beiden Förderinstrumente für gemeinsam finanzierte, grenzüberschreitende und sich ergänzende Projekte wird zudem durch das Territorialitätsprinzip des Mitteleinsatzes stark eingeschränkt.⁹ Die EU-Förderung aus INTERREG kann ausschließlich an der EU-Innenseite der Grenze, Phare-CBC ausschließlich an der Außenseite eingesetzt werden. So kann beim Bau einer Kläranlage auf polnischer Seite die Zuleitung auf deutschem Gebiet nur bis zur Grenze aus INTERREG finanziert werden und umgekehrt.

Unterschiede zwischen den Phare-CBC-Programmen und der Strukturfondsförderung bestehen vor allem bezüglich der Finanzplanung und des Projektauswahlverfahrens. Besonders hinsichtlich der zeitlichen Abläufe bereitet die Koordinierung der beiden Instrumente Schwierigkeiten.

In der INTERREG-Förderung werden nach den Regeln der Strukturfonds vor Beginn der Förderperiode für jede Grenzregion Operationelle Programme aufgestellt, die die Schwerpunkte der Förderung — in der Regel aber keine Einzelprojekte — festlegen. Auf diese Schwerpunkte werden die zur Verfügung stehenden Mittel indikativ verteilt. Nach Bestätigung der Programme durch die Europäische Kommission erfolgt innerhalb dieses Rahmens die fortlaufende Projektauswahl durch die verantwortlichen regionalen Behörden im jeweiligen Mitgliedstaat.

Im Gegensatz dazu verfolgt die Phare-CBC-Förderung einen zentralisierten Ansatz. Einmal jährlich fordert die zuständige zentrale Behörde des Phare-Landes (i. d. R. ein Ministerium) die lokalen, regionalen und anderen Akteure auf, Projektvorschläge einzureichen, die im Folgejahr gefördert werden sollen. Diese Vorschläge werden an die Europäische Kommission und an den Gemeinsamen Programmierungs- und Monitoringausschuß (JPMC)¹⁰ zur Vorauswahl gesandt. Daraus entsteht eine Projektliste, die noch vom Phare-Verwaltungsausschuß¹¹ auf europäischer Ebene bestätigt werden muß. Abschließend wird zwischen der Europäischen Kommission und dem Phare-Land ein Finanzmemorandum, das die endgültige Projektliste für das entsprechende Jahr enthält, unter-

⁷ An der deutschen Grenze sind es vier INTERREG-Programme: Euroregion POMERANIA (Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg), Land Brandenburg, Freistaat Sachsen und Freistaat Bayern.

⁸ Vgl. INTERREG-Leitlinien, Artikel 14.

⁹ Vgl. dazu auch Schwab, Oliver: Evaluation von INTERREG-II an der deutschen EU-Außengrenze. In: Casteigts, Michael, Hansjörg Drewello und Ewald Eisenberg (Hrsg.): Evaluierung grenzüberschreitender und interregionaler Vorhaben in Europa. Herausforderungen — Methoden — praktische Erfahrungen. Baden-Baden 1999, S. 78.

¹⁰ Joint Programming and Monitoring Committee (JPMC). Ein solcher Ausschuß wird für jede EU-MOE-Grenzregion gebildet. Er besteht aus Vertretern der Europäischen Kommission und der beteiligten Staaten, zu dem auch lokale und regionale Vertreter hinzugezogen werden können.

¹¹ Mitglieder dieses Ausschusses sind Vertreter der EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission.

Tabelle 2

Vergleich der Mittelausstattung Phare-CBC und INTERREG 1994 bis 1999¹⁾

Grenzregion	Phare-CBC	INTERREG	Phare-CBC / INTERREG	Ziel-1-Förderung ²⁾	Ziel-5b-Förderung ²⁾
	Mill. ECU			Mill. ECU	
Bulgarien — Griechenland	140	92,0	1,52	1900	—
Tschechien — Österreich	41	4,5	9,11	—	75
Tschechien — Deutschland	150	132,6 ³⁾	1,13	900	500
Polen — Deutschland	315	174,2 ⁴⁾	1,81	3600	—

1) Ohne nationale Beteiligung. — 2) Geschätzter Anteil der Grenzregion an der Zielgebietsförderung. — 3) Bayern und 80 % des Sachsen-Programms. — 4) Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und 20 % des Sachsen-Programms.

Quelle: Programmplanungsdokumente.

zeichnet. Dieses Verfahren bedingt einen extrem langen Vorlauf für die Phare-CBC-Projekte (bis zu zwei Jahren) und Verzögerungen durch langwierige Verhandlungen.

Das Phare-CBC-Verfahren kann wegen des anderen — projektbezogenen — Ansatzes und des zeitlichen Rahmens nicht direkt dazu beitragen, die Behörden in den MOE mit den Abläufen der Strukturfondsförderung vertraut zu machen. Erfahrungen werden vor allem durch die Sitzungen des JPMC vermittelt, auf denen jedoch lediglich über geplante oder laufende INTERREG-Projekte und damit verbundene Probleme informiert wird.

Der Umfang der Informationen über INTERREG hängt jedoch sehr stark von den jeweiligen Verantwortlichen der EU-Seite ab. Entscheidungen über INTERREG-Projekte werden in diesem Gremium nicht getroffen. Insofern ist die Entscheidungsbefugnis ungleich verteilt, da der jeweilige EU-Mitgliedstaat zwar über Phare-CBC-Projekte mitentscheidet, die andere Seite jedoch nicht über INTERREG-Projekte.

Eine besondere Rolle kommt den Euroregionen für die lokale Planung und Koordinierung der Förderung zu. Mitglieder der Euroregionen können Gebietskörperschaften, Kreise, Industrie- und Handelskammern und andere (halb-)öffentliche Organisationen sein. Das Netz der Euroregionen ist jedoch nicht an allen Grenzen lückenlos. In Teilen der bulgarisch-griechischen Grenzgebiete haben Zusammenschlüsse von Städten und Gemeinden eine ähnliche Funktion. Die Euroregionen organisieren die horizontale Partnerschaft auf regionaler Ebene und haben intensive Kontakte zu den Kollegen auf der jeweils anderen Seite. Sie spielen auch eine große Rolle bei der lokalen Projektauswahl, verwalten den Fonds für kleine Projekte und sind meist auch im JPMC oder zumindest im Vorfeld der Diskussionen zu den Projekten beteiligt.

Stand der Umsetzung

Während auf der deutschen, österreichischen und griechischen Seite die INTERREG-Programme weitestge-

hend planmäßig abgewickelt werden, verläuft die Umsetzung der Phare-CBC-Förderung sehr unterschiedlich. Das bulgarische Programm liegt dabei am weitesten zurück. Hier traten erhebliche Managementprobleme auf, so daß die Planungen für die Anfangsjahre vollständig revidiert werden mußten. Dagegen ist das polnische Programm vergleichsweise weit fortgeschritten. In der Tschechischen Republik wurde die Umsetzung in den Jahren 1995 und 1996 durch einen Konflikt mit der Europäischen Kommission um die tschechische Gesetzgebung bei öffentlichen Aufträgen erheblich behindert.

Bis 1997 wurden in den betrachteten Regionen insgesamt über 160 Projekte für die Förderung aus Phare-CBC ausgewählt. In den Jahren 1998 und 1999 kommen voraussichtlich nochmals etwa 150 Projekte hinzu. Die meisten befinden sich an der deutschen Grenze. Die durchschnittliche Projektgröße liegt mit rund 5 Mill. ECU in Bulgarien am höchsten, dicht gefolgt von den polnischen Projekten mit kaum geringerem Volumen. Die tschechischen Projekte sind bei weitem kleiner (durchschnittlich rund 2 Mill. ECU). Von den Projekten der ersten drei Jahre (1994–1996) wurden jedoch bis Ende 1997 erst etwas mehr als 10 % fertiggestellt. Für etwa ein Drittel der Projekte waren zum gleichen Zeitpunkt die Ausschreibungen nach Projektträgern und Baufirmen abgeschlossen.

Hinsichtlich der Prioritätensetzung weichen die verwirklichten Projekte mit Ausnahme des völlig revidierten bulgarischen Programms nicht von den ursprünglichen Planungen ab. Nur das tschechisch-deutsche Programm hat einen höheren Anteil an „weichen“ Maßnahmen als vorgesehen.

Die Bedingungen für Projekte mit gemeinsamer Planung, Implementation und Finanzierung werden durch die Ausrichtung der Programme, die Verfahren der Projektauswahl und die verschiedenen anderen Regelungen, wie oben beschrieben, beeinträchtigt. Relativ häufig scheitert die Umsetzung grenzüberschreitender Kontakte in konkrete Projekte am Mangel an Phare-CBC-Finanzierungsmöglichkeiten. Nur ein geringer Anteil der Projekte hat komplementäre Projekte auf der anderen Seite der Gren-

ze. Aber es gibt durchaus Beispiele für Projekte mit koordinierter Finanzierung aus jeweils beiden Töpfen (z. B. Collegium Polonicum an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, Kläranlage in Gubin/Guben). Die Evaluierung der INTERREG-Programme an der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze¹² kam zu dem Ergebnis, daß nur 5 % der INTERREG-Projekte mit einem aus Phare-CBC finanzierten Vorhaben kombiniert werden konnten. Beste Chancen haben Projekte aus dem soziokulturellen Bereich sowie Vorhaben der Wasserversorgung und -entsorgung, wo technische und natürliche Bedingungen ein gemeinsames Herangehen unbedingt erforderlich machen. Zunehmende Bedeutung kommt dabei dem Fonds für Kleinprojekte in Phare-CBC zu.

Die Ursachen für den in den ersten Jahren noch mageren Fortschritt bei der Umsetzung von Phare-CBC dürfen jedoch nicht ausschließlich in den Koordinierungsschwierigkeiten zwischen Phare-CBC und INTERREG gesehen werden. Hier kommen je nach Land unterschiedliche Faktoren zusammen. Dazu gehören:

- der späte Start der Aufstellung der mehrjährigen Programme,
- das zentralisierte und zeitaufwendige Verfahren bei der Projektauswahl,
- die große Anzahl beteiligter Akteure und komplizierte Verwaltungsstrukturen,
- der Mangel an Erfahrungen und Know-how in den lokalen und regionalen Verwaltungen bei der Vorbereitung, Ausschreibung und dem Management von (Groß-)Projekten.

Die Anfangsschwierigkeiten können jetzt im großen und ganzen als überwunden gelten, obwohl die aufwendigen Verfahren kaum geändert worden sind. Im Zuge der Umsetzung von Phare-CBC wurden in den regionalen Verwaltungen Kenntnisse und Fähigkeiten vor allem im Projektmanagement und hinsichtlich der Vergabe öffentlicher Aufträge erworben. Mittlerweile sind stabile Strukturen entstanden, und Verfahrensabläufe haben sich eingespielt.

Ausblick

Die Beitrittsverhandlungen der EU mit ausgewählten Kandidaten haben nun begonnen. In einigen Jahren werden sie Mitglied der EU sein. Außerdem steht der Beginn einer neuen Förderperiode der europäischen Strukturfonds kurz bevor. Die Förderperiode 2000 bis 2006 ist mit einer tiefgreifenden Reform der Förderbedingungen auf europäischer Ebene verbunden. Davon wird auch die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit betroffen sein. Auch in Zukunft wird es jeweils ein eigenes Förderinstrument für jede Seite der Grenze zwischen der EU und den MOE-Staaten geben.

Die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen von Phare wird fortgesetzt.¹³ Inzwischen ist für Phare-CBC eine neue Verordnung¹⁴ in Kraft. Ihr geographischer Geltungsbereich wird ausgedehnt, um auch die Kooperation an den Grenzen zwischen den Phare-Empfängerländern zu fördern. Das breite Spektrum der möglichen Maßnahmen bleibt erhalten. Zudem kann in jeder Grenzregion ein Fonds für Kleinvorhaben eingerichtet werden. Auch im Verfahren werden keine wesentlichen Änderungen vorgenommen. Ein größerer Stellenwert wird jedoch einer grenzübergreifenden gemeinsamen Programmplanung eingeräumt.

Gegenwärtig laufen die Phare-CBC-Programme bis Ende 1999. In einigen Ländern liegen auch schon unterzeichnete Finanzmemoranda vor, deren Projekte erst bis Ende 2001 abgeschlossen werden müssen. Gegenüber dem Zeitpunkt der Evaluierung hat sich in der Projektstruktur nicht viel verändert. Der Schwerpunkt liegt nach wie vor im Verkehrsbereich sowie in der Abfall- und Abwasserentsorgung. Allerdings ist ein Trend zu mehr „weichen“ Maßnahmen und kleineren Projekten absehbar. Unternehmens- und tourismusbezogene Maßnahmen gewinnen an Bedeutung.

Die derzeit aktuellen INTERREG-Programme müssen bis zum Jahresende 1999 abgewickelt sein. Auch in der neuen Förderperiode wird es eine Gemeinschaftsinitiative INTERREG geben, die mit mehr Mitteln als in der vorangegangenen Förderperiode ausgestattet sein wird. Bisher liegen lediglich erste Leitlinien der Europäischen Kommission für INTERREG¹⁵ vor. Sie sind noch nicht verbindlich, spiegeln aber die vorläufigen inhaltlichen Vorstellungen der Kommission wider.

Die Ausrichtung A der zukünftigen Gemeinschaftsinitiative INTERREG¹⁶ ist für die Kooperation benachbarter Grenzregionen zuständig. Dabei soll den EU-Außengrenzen ein besonderes Gewicht zukommen. An den internen Grenzen soll die Aufmerksamkeit auf „prioritäre Engpässe“ konzentriert werden. Die Bandbreite möglicher Projekte ändert sich kaum; neu sind die Zusammenarbeit

¹² Schwab, Oliver et al.: Zusammenfassung der Evaluierungsstudien INTERREG II Sachsen/Bayern und Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern zum Stand 31. 12. 1997, 1998, S. ii.

¹³ Vgl. European Commission: Guidelines for Phare Programme Implementation in Candidate Countries 1998–1999. Version vom 27. 3. 1998. <http://europa.eu.int/comm/dg1a/phare/implementation/guidelines/98-99.html> (Stand 10. 8. 1999).

¹⁴ Verordnung (EG) Nr. 2760/98 der Kommission vom 18. Dezember 1998 über die Durchführung eines Programms für grenzübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen des Phare-Programms. In: ABl. der EG L 345 vom 19. 12. 1998, S. 49–52.

¹⁵ Europäische Kommission (1999): Die Gemeinschaftsinitiativen 2000–2006. Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen.

http://www.inforegio.cec.eu.int/wbdoc/docoffic/ic20002006/ic_de.htm (Stand 10.5.1999).

¹⁶ Ausrichtung B: Transnationale Zusammenarbeit; Ausrichtung C: Interregionale Zusammenarbeit.

im Gerichtswesen und Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an den Grenzen. Die gemeinsame Programmierung und Koordinierung sowie die Zusammenarbeit lokaler und regionaler Akteure beiderseits der Grenze sollen verstärkt werden. Allerdings gibt es bisher noch keine genaueren Vorstellungen zur verwaltungstechnischen Koordinierung vor allem in bezug auf Phare-CBC.

Im EU-Förderinstrumentarium dürfte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit — gerade an den heutigen Außengrenzen — an Bedeutung gewinnen. Bezüglich ihrer Bedingungen an den Außengrenzen der EU gibt es eher Grund zum Optimismus. Probleme im Bereich der Infrastrukturen werden zunehmend behoben. Die Entwicklung der Grenzregionen wird Bestandteil einer sich zunehmend herausbildenden nationalen Regionalpolitik in den MOE-Staaten. Zu erwarten ist außerdem eine langsame Verschiebung des Schwerpunktes der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu immer komplexeren Handlungsfeldern (z. B. Wirtschaft, Humanressourcen), wie schon jetzt an manchen Grenzen zu beobachten ist.

Zentrales Element zur Verbesserung der Projektauswahl und zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist eine gemeinsame Struktur zur part-

nerschaftlichen Entscheidung mit gleichem Gewicht für beide Seiten. Zwar gibt es auch hier noch Verbesserungsbedarf¹⁷, doch haben sich inzwischen stabile Strukturen für regelmäßige Treffen der Programmmanager und -verwalter sowie zur regionalen Koordinierung in den Euroregionen herausgebildet. Mit den getrennten Förderinstrumenten hat man sich trotz Friktionen und Zeitverlusten mittlerweile arrangiert und Wege zur lokalen Abstimmung der Projekte gefunden.

Eine darüber hinausgehende Lösung — etwa ein gemeinsames Finanzinstrument oder die Abkehr vom strikten Territorialitätsprinzip — zeichnet sich bisher nicht ab. Auch wenn die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiterhin über zwei verschiedene Instrumente gefördert wird, sollten die Abstimmungsmechanismen zwischen beiden Seiten weiter verstärkt werden, um so Schritte in Richtung eines mittelfristig gemeinsamen Instruments zu unternehmen. Gelegenheiten zur Kooperation sollten nicht am Förderinstrumentarium scheitern.

¹⁷ Vgl. zu denkbaren Modellen: Toepel, Kathleen und Oliver Schwab: Für eine bessere Abstimmung zwischen PHARE-CBC und INTERREG. Berlin 1998 (als Manuskript vervielfältigt).

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010** — Ergebnisse quantitativer Szenarien. Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU-Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels, unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch, unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röllner, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremei und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sigheilm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Südafrika: Wirtschaftspolitik im Dilemma.

Bearbeitet von Barbara Praetorius. —

Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union.

Bearbeitet von Kathleen Toepel.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Wachsmuthstr. 12, D-13467 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²⁾													
					Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungsgüter- produzenten	Investitionsgüter- produzenten	Gebrauchsgüter- produzenten	Verbrauchsgüter- produzenten				
															Insgesamt		Inland	
	in 1000				1995 = 100													
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1997 J	4258		331		102,6		96,5		113,5		103,5		102,1		103,0		98,0	
F	4260	4260	332	329	103,6	103,4	98,0	97,5	113,8	114,0	106,0	105,3	101,2	101,6	103,2	103,2	100,3	99,1
M	4264		325		103,9		97,9		114,7		106,4		101,6		103,4		99,1	
A	4311		319		105,3		98,5		117,6		106,4		105,9		103,3		97,8	
M	4376	4366	320	321	104,9	105,4	98,5	98,5	116,4	117,8	106,9	107,4	104,4	104,9	103,1	103,8	96,8	97,2
J	4412		325		106,0		98,6		119,4		108,9		104,5		104,9		96,9	
J	4445		331		106,4		99,2		119,4		109,4		105,2		103,9		96,4	
A	4477	4473	339	338	107,5	107,5	99,1	99,3	122,6	122,4	109,4	109,7	108,7	108,1	103,2	104,1	95,6	96,1
S	4498		345		108,7		99,5		125,3		110,2		110,3		105,1		96,4	
O	4507		353		109,4		101,2		124,3		111,7		110,3		104,3		97,4	
N	4492	4492	367	366	109,8	109,8	101,8	101,6	124,0	124,7	112,5	112,1	110,2	110,9	103,6	104,3	98,0	97,9
D	4479		378		110,3		101,8		125,7		112,0		112,1		105,1		98,3	
1998 J	4432		382		111,2		103,8		124,4		112,4		114,0		106,6		96,2	
F	4421	4422	391	392	111,6	111,5	104,1	104,0	124,8	125,0	112,4	112,2	114,5	114,8	108,1	107,8	96,8	96,4
M	4414		404		111,8		104,0		125,9		111,9		115,9		108,7		96,2	
A	4378		419		109,9		102,4		123,4		110,8		111,8		109,2		94,8	
M	4316	4321	432	428	111,3	110,4	103,7	102,7	125,2	124,3	111,7	110,9	114,8	113,2	108,9	108,3	96,0	96,4
J	4271		436		109,9		101,9		124,4		110,2		112,9		106,8		98,3	
J	4233		437		110,4		103,3		123,3		109,7		114,1		109,8		98,1	
A	4199	4196	444	440	109,3	109,8	102,9	103,2	120,7	121,6	109,5	109,6	111,4	112,8	109,0	109,4	98,1	96,9
S	4157		442		109,7		103,4		120,9		109,6		112,9		109,5		94,5	
O	4114		439		107,9		100,9		120,5		107,3		111,1		109,5		93,5	
N	4111	4117	434	433	107,9	107,8	101,0	100,6	120,3	120,8	107,1	107,3	110,5	110,4	112,1	110,8	93,5	93,1
D	4127		428		107,6		99,8		121,5		107,6		109,7		110,8		92,2	
1999 J	4079		443		107,3		99,9		120,7		108,6		107,4		109,7		94,7	
F	4073	4075	449	448	107,4	107,2	98,9	99,3	122,8	121,3	107,3	108,5	109,9	107,8	109,6	109,1	92,2	92,8
M	4074		452		106,8		99,2		120,5		109,5		106,0		108,0		91,4	
A	4090		452		111,0		102,4		126,5		112,1		113,1		109,5		96,8	
M	4010	4108	446	447	107,6	109,6	99,5	101,2	122,1	124,7	108,7	110,3	108,8	112,0	107,9	110,1	93,9	93,2
J	4126		443		110,3		101,8		125,6		110,2		114,1		112,8		89,0	
J	4125		449															
A																		
S																		
O																		
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe		Produktion ²⁾										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾			
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüterproduzenten		Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten		Bauhauptgewerbe				Ausfuhr		Einfuhr	
	in 1000		1995 = 100										1995 = 100		Mrd. DM			
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1997 J	6481		101,7		103,2		102,5		100,8		87,4		100,7		68,6		60,0	
F	6466	6464	102,7	102,4	103,2	103,0	100,5	100,5	101,4	101,3	95,7	92,3	98,5	99,1	70,7	212,1	62,5	185,7
M	6448		102,8		102,5		98,4		101,8		93,8		98,1		72,8		63,2	
A	6435		103,4		104,5		103,8		99,6		91,8		99,8		69,4		60,0	
M	6420	6421	102,9	103,9	103,5	105,0	98,2	101,9	100,9	100,5	88,0	89,9	98,9	99,7	73,9	217,6	65,8	189,0
J	6411		105,4		107,0		103,7		100,9		89,9		100,3		74,3		63,2	
J	6401		105,8		106,6		104,9		101,1		89,8		98,7		74,3		65,2	
A	6393	6394	104,6	105,4	105,3	106,3	99,4	102,3	100,9	101,0	88,1	89,1	97,3	98,5	75,7	228,3	66,1	197,7
S	6389		105,7		106,9		102,6		100,9		89,4		99,4		78,3		66,5	
O	6389		106,8		107,7		101,3		101,8		89,8		100,4		76,6		67,4	
N	6388	6387	107,5	107,4	108,3	108,1	104,0	103,1	101,7	101,8	90,1	89,6	97,4	99,0	78,2	234,5	68,6	202,7
D	6385		108,0		108,3		103,9		101,9		89,0		99,3		79,7		66,6	
1998 J	6390		108,5		109,9		103,9		101,8		92,2		99,5		80,0		70,3	
F	6390	6391	109,4	109,4	112,2	112,4	107,0	107,0	100,3	100,7	89,7	90,0	99,5	99,3	79,9	239,1	68,8	207,3
M	6395		110,3		115,2		110,0		100,1		88,1		99,0		79,2		68,2	
A	6403		109,3		112,0		105,9		101,7		85,7		99,4		82,3		71,9	
M	6405	6404	111,0	109,8	114,7	112,8	110,7	107,7	101,3	101,4	88,5	87,0	100,0	99,4	79,8	242,2	66,6	209,2
J	6406		109,2		111,6		106,5		101,1		86,7		98,7		80,1		70,6	
J	6412		109,9		114,1		107,6		101,2		86,9		100,7		80,4		69,0	
A	6416	6413	110,5	110,1	114,6	114,1	110,6	109,5	100,8	100,9	87,5	86,8	100,2	100,2	79,2	236,7	68,7	205,6
S	6414		109,8		113,6		110,3		100,6		85,9		99,8		77,0		67,9	
O	6409		110,0		114,9		112,7		99,7		85,4		98,7		79,1		67,8	
N	6406	6406	109,0	109,2	113,7	114,4	108,4	109,9	100,0	99,9	84,8	84,6	101,3	100,3	79,0	234,4	66,6	203,9
D	6404		108,6		114,5		108,5		100,0		83,6		100,9		76,3		69,5	
1999 J	6416		109,5		112,5		108,7		100,7		90,6		98,3		77,9		65,2	
F	6406	6405	108,1	108,4	110,4	110,4	108,4	107,9	101,3	101,0	84,0	86,7	99,5	100,6	78,5	234,7	67,7	200,9
M	6396		107,6		108,3		106,7		101,1		85,6		104,0		78,3		68,0	
A	6373		109,8		112,9		109,5		101,3		87,0		97,8		80,1		68,6	
M	6368		106,2	107,9	109,0	110,9	107,3	108,8	98,5	99,7	83,3	85,0	97,6		77,8	238,3	71,0	207,9
J			107,7		110,9		109,7		99,3		84,6				80,4		68,2	
J																		
A																		
S																		
O																		
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.